Regionaljournal Steiermark

Flüchtlings- und Asylproblematik: Bund, Länder und Gemeinden sollen an einem Strang ziehen

Neue Strukturen bei Flüchtlingsandrang notwendig

Nach der Flüchtlingsreferentenkonferenz in der Gemeinde Techelsberg machten Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrätin Martina Berthold aus Salzburg gestern, in einer Pressekonferenz deutlich, dass die sich zuspitzende Asylsituation dringend und gemeinsam gelöst werden müsse. Bei Flüchtlingsspitzen, wie es derzeit der Fall sei, brauche es rasch Reservekapazitäten. In den letzten fünf Wochen seien 3.200 Asylanträge gestellt worden.

Daher wurde gestern eine Neustrukturierung der Grundversorgung seitens der Ministerin präsentiert, die Details sollen in einer weiteren Konferenz am 19. Oktober geklärt werden. Es gehe darum, die Unzufriedenheit, die es derzeit auf allen Seiten gebe, abzubauen, die Kapazitäten der Unterbringungen seien schon dieses Wochenende erreicht, sagte Mikl-Leitner. Sie will künftig neben der derzeitigen Suche nach Übergangsquartieren

die gleichsam automatische Erfüllung der Quoten und die Erstprüfung in den Ländern durchführen und insbesondere die Gemeinden als neue Ebene stärker miteinbeziehen, wozu es demnächst Verhandlungen geben soll. Täglich gebe es 100 bis 130 Asylanträge, daher seien Quartiere dringend notwendig. In einer noch zu klärenden Weise sollte die Gemeindeebene stärker in die Pflicht genommen werden, war man sich grundsätzlich auch einig.
Nun habe die Tagung gezeigt, dass sich alle der hohen Verantwortung bewusst seien, die Probleme im Flüchtlings- und Asylbereich nur gemeinsam und abgestimmt bewältigen zu können. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen, Bund, Länder und Gemeinden“, so Kaiser, der all jenen Gemeinden dankt, die hier vorbildhaft agieren. Ziel sei es, die Auseinandersetzung über offene Fragen gemeinsam voranzubringen, um eine Einigung für die Landeshauptleute-Konferenz am 18. November zu bekommen. Bei dieser LH-Konferenz sollten klare und deutliche Schritte gesetzt werden, denn das Gesamtkonzept soll laut Ministerin bis Juli 2015 umgesetzt werden. Einig sei man sich auch, dass die interne Kommunikation zwischen Ländern, Bund und Gemeinden intensiviert werden müsse. Denn es gehe darum, Menschen, die Hilfe brauchen, diese auch in der humanitären Qualität zu gewähren. Es brauche menschenwürdige Zustände und eine entsprechende Betreuung, so Kaiser.